

junge Welt v. 01.06.2005

<http://www.jungewelt.de/2005/06-01/004.php>

**WETTLAUF UM EINFLUSS:
TRÄGT DIE VERFASSUNG DAZU BEI, DIE EUROPÄISCHE UNION ZU EINER
»GEGENMACHT« GEGENÜBER DEN VEREINIGTEN STAATEN ZU MACHEN?**

*Von Diana Johnstone**

Auf die Frage, »Was ist das stärkste Argument zugunsten eines ›Ja‹?«, lautet die Antwort von Francois Bayrou, Chef der liberalen Sammelpartei UDF: »Die Welt wird von der US-amerikanischen Macht dominiert, der die chinesische Macht als Konkurrent entgegentritt. Wollen wir die Vorherrschaft dieser beiden Imperien hinnehmen, und ihre Gesellschaftsmodelle? (...) Alle Gegner der europäischen Idee träumen von unserem Nein, die neokonservativen Kreise der USA, die anti-europäischen britischen Konservativen, die äußerste Rechte in Europa und die äußerste Linke, Le Pen und Besancenot«.

Dominique Strauss-Kahn drückt sich noch klarer aus: »Wir brauchen den europäischen Verfassungsvertrag, um dem amerikanischen Hegemonismus Paroli zu bieten«.

In der einen oder anderen Form tauchte dieses Argument zur Rechtfertigung und Erklärung des »Ja« immer wieder auf. Die Grundidee ist, daß diese Verfassung die notwendige (und vielleicht sogar hinreichende) Bedingung dafür ist, daß die Europäische Union gegenüber den Vereinigten Staaten als eine »Gegenmacht« erkennbar wird.

Ich möchte zeigen, daß dieses Argument falsch ist, und zwar sowohl hinsichtlich der vorausgesetzten Annahmen und noch mehr in den daraus gezogenen Schlußfolgerungen. Dabei möchte ich unterstreichen, was mir an diesem Argument als ehrlich gemeint erscheint, nämlich seinen tieferen Sinn in der Geisteshaltung der nahezu gesamten politischen Klasse Frankreichs. Denn es handelt sich hier nicht um eine ordinäre Lüge, sondern vielmehr um den Ausdruck einer großen Verwirrung im Bezug auf die »europäische Idee«.

Zunächst kann man zwei vorausgesetzte Annahmen als abwegig festmachen, nämlich daß a) diese Verfassung die EU als Gegenmacht stärkt, woraus folgen soll, daß b) die amerikanischen Hegemonisten auf ein »Nein« der Franzosen hoffen. So sei denn das »Ja« in gewisser Weise eine feinsinnige Unabhängigkeitserklärung Europas gegenüber der Hegemonie von jenseits des Atlantik.

Der ersten vorausgesetzten Annahme widerspricht der Text dieser Verfassung selbst. Denn die darin zum Ausdruck kommenden »Werte« sind ein Echo der neoliberalen »Werte«, wie sie gegenwärtig die amerikanische Supermacht vertritt. Schlimmer noch: Diese Verfassung geht in dieser Richtung viel weiter als diejenige der USA. Der Teil III greift die neoliberale Politik auf, die schon in den Verträgen seit Maastricht enthalten ist, und schreibt sie in einer »Verfassung« fest, deren Änderung Einstimmigkeit erfordert. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die die Möglichkeit offenlassen, auf pragmatische Weise wirtschaftspolitische

* Die US-amerikanische Autorin und Publizistin Diana Johnstone lebt in Paris. Ihr jüngstes Buch »La Croisade des Fous. Yougoslavie, première guerre de la mondialisation« ist soeben im Verlag Le Temps des Cerises, Paris, erschienen (Preis: 18 EUR). Zum Thema des Artikels veröffentlichte die Autorin schon 1984 bei Verso, London, »The Politics of Euromissiles: Europe in America's World«.

Änderungen vorzunehmen, beispielsweise indem das Wachstum durch Haushaltsdefizite angeregt wird, will sich die Europäische Union in eine neoliberale Zwangsjacke sperren, deren erklärtes Hauptziel – produktive Investitionen anzulocken, um Arbeitsplätze zu schaffen – sich immer mehr verflüchtigt.

Die vorgeschlagene Verfassung bindet die Europäische Union an die NATO – das Instrument der USA zur Beherrschung Europas – und sogar an deren derzeit angesagten Kreuzzug, den »Kampf gegen den Terrorismus«. Was also könnte Washington noch mehr erwarten? Daß Europa und seine Mitgliedsstaaten jeglicher Möglichkeit beraubt werden, eine Außenpolitik zu definieren und zu verfolgen, die unabhängig, klar und effizient ist! Nun, diese Verfassung trägt auch diesem Wunsche Rechnung, indem sie alle Staaten verpflichtet, sich auf eine Außenpolitik zu einigen, die einstimmig beschlossen wird. Das perfekte Rezept für Machtlosigkeit. Außer für jene, die sich wie das Vereinigte Königreich dafür entscheiden würden, den Vereinigten Staaten Gefolgschaft zu leisten, koste es, was es wolle.

Weltkriegslektionen

Manche behaupten, die Vereinigten Staaten seien der europäischen Konstruktion feindlich gesonnen. In Wirklichkeit haben die Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg die europäische Einigung kontinuierlich unterstützt, und zwar so, wie sich diese entwickelt hat, d.h. als ein großer Markt, wirtschaftlich offen und politisch ungefährlich, als eine Kopplung von starker Wirtschaft und schwacher Politik (man könnte eine interessante Parallele zum Sowjetblock nach dem Kriege ziehen, wo die sozialistische Wirtschaft die politischen Differenzen verwischen sollte, aber das ist ein anderes Thema). Darin kommt die Idee zum Ausdruck, daß es, um eine Wiederholung der Kriege 1914–18 und 1939–45, die zum Ruin der großen kapitalistischen Mächte des Kontinents geführt haben, zu vermeiden, notwendig ist, im wesentlichen die deutsche und französische Industrie so zusammenzufügen, daß sie zu eng verflochten sind, um sich gegeneinander zu richten. Diese wirtschaftliche Einigung würde dann unausweichlich die politische Einigung nach sich ziehen, die dann in derselben Richtung einer Befriedung verlaufen würde. Um das Ganze zu garantieren, würde der Schutzengel von jenseits des Atlantik die Streitkräfte der ehemaligen Kriegsgegner in einer einzigen Allianz unter seiner Führung zusammenbinden. All dies ginge somit in dieselbe Richtung einer Entschärfung des Antagonismus des französisch-deutschen »Paares«, angeblich unfähig, seine eigenen Streitigkeiten zu handhaben, ohne letztlich in Krieg und Völkermord zu enden.

Eine übertriebene Darstellung? Keineswegs. Diese Vorstellung von einem Europa, dessen chronisch kriegslüsterne Verantwortungslosigkeit eine amerikanische Abbremsung und Vormundschaft erforderlich macht, überwiegt in der Darstellung des europäischen Kontinents durch die Medien der USA und in der Geisteshaltung sehr vieler ihrer Politiker. Sagen sie dies auch nicht laut, so denken sie es doch im stillen. Im übrigen ist offenkundig, daß dieselbe Überlegung in den Medien und bei der politischen Klasse des alten Kontinents keineswegs gänzlich fehlt.

Diese Interpretation der Unfähigkeit der Europäer, sich ohne amerikanische Betreuung anständig zu benehmen, in einem Wort zusammengefaßt, heißt: »Auschwitz«. Das ist das Schlüsselwort der ideologischen Hegemonie der USA in Europa, die auf einer Mythologisierung des Zweiten Weltkriegs beruht, reduziert allein auf die Befreiung der Juden von ihren Henkern durch die Angloamerikaner. Denn angesichts des völkermörderischen Europa erscheinen die Vereinigten Staaten wie unschuldig, also würdig, die moralische Führerschaft eines für immer mit einer unverzeihlichen Sünde befleckten Europa zu übernehmen, wie übri-

gens auch über die ganze Welt. Die ehrlichsten der liberalen europäischen Atlantiker glauben ernsthaft, daß diese doppelte Zwangsjacke – die wirtschaftliche und politische Einigung und die US-Vormundschaft in Sachen Sicherheit – das einzige Mittel ist, den Frieden und die Wohlfahrt ihrer Länder zu garantieren.

Was den Frieden anbelangt, wäre dies wahrscheinlicher, wenn die Vereinigten Staaten dieselbe Lehre aus den beiden Weltkriegen gezogen hätten wie die meisten Deutschen, Franzosen und Italiener, die unter Zerstörungen, fremden Besatzungen und Niederlagen gelitten hatten und schließlich auf Krieg verzichten wollten. Gleiches gilt für die Russen, die, obgleich Sieger, die größten materiellen und menschlichen Verluste erlitten hatten.

Das Problem ist, daß die Lektion für die Vereinigten Staaten keineswegs dieselbe ist. In der amerikanischen Mythologie (und selbst der britischen) war der Zweite Weltkrieg der »gute Krieg«, durch den das Gute das Böse vernichtet hat, und zwar mit der militärischen Macht der Vereinigten Staaten, mit dem Segen eines interkonfessionellen Gottes. Und sie sind bereit, damit noch einmal zu beginnen.

Ein gefährlicher Widerspruch ergibt sich aus der Tatsache, daß dieses durch seine eigenen kriegerischen Exzesse zum Frieden gelangte Europa sich in Sicherheit wähnt, indem es die Führung seiner militärischen Angelegenheiten auf dem Weg über die NATO dieser Großmacht europäischen Ursprungs anvertraut, die keineswegs auf den Krieg verzichtet hat. Dieses Europa, das sich selbst nicht mehr bekriegen möchte, steht, ohne sich dessen bewußt zu sein, paradoxerweise im Begriff, in nicht endende Kriege gegen den Rest der Welt hineingezogen zu werden.

Dies ist nicht das einzige verhängnisvolle Resultat der Fixierung Westeuropas nach 1945 auf die Vereinigten Staaten. Eine idealistische Vision von den Vereinigten Staaten hat seit sechzig Jahren die europäische Vorstellungswelt beherrscht. Daran hat der gelegentlich auftretende Anti-Amerikanismus einer Minderheit nichts geändert; der Einfluß des Films, der Musik, der amerikanischen Lebensweise ist in jedem europäischen Lande stärker als derjenige seiner unmittelbaren Nachbarn auf dem Kontinent. Die Medien eines jeden EU-Landes räumen den Nachrichten aus den USA mehr Platz ein als aus anderen Mitgliedsstaaten; während Englisch an Boden gewinnt, ist das Erlernen anderer europäischer Sprachen weiter rückläufig. So ist das, was die Europäer eint, weniger eine (zu entfaltende) »europäische Kultur« als der Reflex der aus der Ferne wahrgenommenen amerikanischen Kultur.

Ein dementsprechender Nachahmungsdrang befällt auch die Konstruktion Europas. Die Vereinigten Staaten sind das Modell für eine europäische Föderation (oder, je nach Überzeugung, Konföderation), die einig und prosperierend genug ist, um »Gewicht in der Welt« auszuüben. Gerade an diesem Punkt zeigt sich am deutlichsten das Zweiseidige der erklärten Ambitionen der Atlantiker, die Europa stärken wollen, damit es, so sagen sie, fähig ist, sich gegenüber den anderen Großmächten, und insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten, durchzusetzen.

Das imperiale Kondominium

Was wollen jene zum Ausdruck bringen, die erklären, das Hauptargument zugunsten des »Ja« sei, Europa die Möglichkeit zu geben, der amerikanischen Supermacht Paroli zu bieten? Hält man sich an die Texte – insbesondere den Artikel I-41, der die Verteidigungspolitik an die NATO bindet –, könnte diese Äußerung als schlicht kontrafaktisch abgetan werden. Doch

vielleicht ist es nützlich, davon auszugehen, daß die meisten von denen, die dies sagen, nicht lügen, sondern eine besondere Idee im Kopf haben, und zu versuchen, die Grundlage dieser Idee zu verstehen.

Es scheint mir tatsächlich so, daß die Atlantiker, die die Verfassung verteidigen, um die EU gegenüber den USA zu stärken, von der Vorstellung einer echten Rivalität zwischen den beiden ausgehen, aber einer Rivalität innerhalb desselben sozioökonomischen und geostrategischen Systems, eines Systems, das ich das imperiale Kondominium nenne (Condominium Impérial, abgekürzt CI, auch bekannt unter dem Namen »Communauté Internationale«). Dieses CI würde eine Lösung für das Problem der Kriege zwischen imperialistischen Mächten bieten, die 1914–18 in die Katastrophe geführt haben. Es geht darum, diese imperialistischen Mächte unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten zu einigen, um dieselben »Werte und Interessen« überall in der Welt durchzusetzen.

Diese »Werte« sind die »Menschenrechte«, die sich seit relativ kurzer Zeit in den reichen Ländern entwickelt haben. Dabei handelt es sich eher um Freiheiten des Verhaltens als um Rechte auf Befriedigung lebensnotwendiger Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Arbeit, Bildung). Es sind im wesentlichen Individualrechte, die mit den fortgeschrittenen liberalen Gesellschaften verträglich sind, wo es das gehobene Lebensniveau möglich macht, den »Krieg aller gegen alle« um das Überleben hinter sich zu lassen. An sich sind diese Rechte für das Glück der Menschen ohne Frage wünschenswert. Problematisch wird es, wenn die Berufung auf diese Rechte dazu dient, das gute Gewissen der Reichen zu bestärken, während sie sich in die Angelegenheiten der weniger Begünstigten einmischen wollen.

In einem fortgeschrittenen kapitalistischen System sind die Interessen ähnlich in dem Sinne, daß »die Freiheit« darin einen zentralen Platz einnimmt, aber genau genommen handelt es sich vor allem um die Freiheit des Finanzkapitals, überall zu investieren und so die materielle und soziale Form der Gesellschaften zu bestimmen. Da dieses System von Natur aus wettbewerbsorientiert ist, ist es unvermeidbar, daß im Innern zwischen den Einheiten, aus denen es besteht, Wettbewerb herrscht. Die »Unabhängigkeit«, die von den Atlantikern gepriesen wird, ist im Grunde nichts anderes als das Niveau von Wettbewerbsfähigkeit, das Europa besitzen muß, um diese Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten durchzuhalten, wobei es mit diesen zugleich eng verbunden ist. Es handelt sich auf keinen Fall darum, eine Politik zu verfolgen – sei es wirtschaftlich oder geostrategisch –, die von den USA grundlegend verschieden ist.

Diese Rivalität im Innern besteht bereits, aber unsere führenden Politiker sprechen darüber in der Öffentlichkeit sehr wenig oder in einer beinahe kodierte Sprache. So verfolgt man Politiken, deren eigentliche Motivation, Begründetheit und Ergebnisse nicht öffentlich bewertet und debattiert werden.

Nehmen wir folgendes Beispiel: Die übereilten Erweiterungen der EU nach Osten gehören zu jener mit den Vereinigten Staaten rivalisierenden Politik, die nicht beim Namen genannt wird. Die Pro-Europäer wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß es eigentlich notwendig gewesen wäre, zuerst die EU zu »vertiefen«, bevor man sie erweitert. Der gesunde Menschenverstand weiß: Alles kann verdorben werden, wenn man es zu schnell macht. Man hatte bereits die Schäden vor Augen, die Deutschland durch seine überstürzte Wiedervereinigung erlitt, worin man allerdings einen Sonderfall sehen konnte. Bei den baltischen Staaten und nun bei Rumänien und Bulgarien (und morgen vielleicht bei der Ukraine und Georgien) folgt diese Flucht nach vorn einer anderen Logik. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß es sich um die Rivalität mit Rußland handelt. Einige dieser Länder (insbesondere die baltischen Länder) scheinen sich von Rußland trotz seines freiwilligen und friedlichen Rückzugs auf Dauer

bedroht zu fühlen. Aber die führenden westlichen Politiker wissen sehr wohl, daß Rußland keine Bedrohung darstellt. In Wirklichkeit entspricht die Osterweiterung sehr viel mehr den Notwendigkeiten der Rivalität mit den Vereinigten Staaten, deren Einfluß in diesen Ländern bereits vorherrschend ist und sich mit der Ausdehnung der NATO noch verstärkt. Die Erweiterung durch die Türkei würde einer ähnlichen Logik folgen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß sich die EU somit in einen Wettlauf um Einfluß mit den Vereinigten Staaten hineingezogen sieht, während sie (mittels ihrer Verfassung) doch ihre Bindung an eine vollständig von Washington dominierte atlantische Allianz bekräftigen möchte. Die Einbeziehung der Länder des Ostens kann sicher dazu beitragen, den Einfluß der Länder Westeuropas zu verstärken, aber um den Preis einer Schwächung der Unabhängigkeit Europas im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Ein ähnliches Phänomen läßt sich an der aktiven (wenngleich sekundären) Rolle der EU bei den orangefarbenen und anderen »Revolutionen« beobachten, die vollständig von Washington aus ferngesteuert und finanziert sind.

Diese »Revolutionen« verfolgen das eindeutige Ziel, die Volkswirtschaften dieser Länder durch Vermittlung von Politikern, die den USA (wo die meisten ihre Ausbildung erhalten haben) mehr als ihren eigenen Völkern ergeben sind, dem ausländischen Kapital zu unterwerfen. Ist dies alles – einschließlich der damit verbundenen ständigen Provokation Rußlands – wirklich im Interesse der EU und ihrer Völker? Die Frage sollte man sich wenigstens stellen. Aber eine öffentliche Debatte über solche Fragen findet nicht statt.

Die »Lehren vom Balkan«

Die Konfusion, die bei der Beschreibung einer europäischen Politik »der Unabhängigkeit« herrscht, erreicht ihren Höhepunkt mit den angeblichen »Lehren vom Balkan«. Das beherrschende Klischee kommt sehr gut bei Henri de Bresson von Le Monde zum Ausdruck, wenn er zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Verfassung schreibt: »Aufgrund der Lehren aus den Kriegen auf dem Balkan, die sie nicht haben verhindern und nur dank der Intervention der USA haben beenden können, statten sich die Europäer mit einem Instrument aus, das ihrer außenpolitischen Aktion neue Glaubwürdigkeit verleiht. Das ist ein großer Schritt.«

Absolut alles an dieser Analyse ist falsch. Ich beharre nicht weiter auf der Tatsache, daß die Bindung an die NATO dieses »Instrument, das ihrer außenpolitischen Aktion neue Glaubwürdigkeit verleiht«, von vornherein wertlos macht. Der Irrtum geht viel tiefer und ist zugleich sehr aufschlußreich.

Erst einmal ist es nicht, wie man immer wieder gerne behauptet, die militärische Schwäche Europas, die für sein Scheitern auf dem Balkan verantwortlich war. Das war seine politische Schwäche. Die EU hat die Ursachen des jugoslawischen Dramas nie richtig analysiert und nie richtig begriffen. Nie hat sie – was sie hätte tun können und müssen – ein klares Jugoslawien-Programm entwickelt, um die Sezessionskriege zu vermeiden. Und als das Schlimmste eintrat, war sie unfähig, eine Politik zu erarbeiten, die geeignet gewesen wäre, Frieden zu schaffen, eine Politik, die die hinterlistigen Bemühungen Washingtons, jeden Friedensschluß außer einem amerikanischen zu vermeiden, durchkreuzt hätte (siehe hierzu die Memoiren von David Owen).

Diese Schwäche hing mit dem Mangel an Einigkeit unter den EU-Mitgliedsstaaten zusammen – aber mehr noch mit ihrem Willen, dieses Nichtvorhandensein von Einigkeit zu kaschieren, indem man den Eindruck einer Einigkeit erweckte, die in Wirklichkeit nicht vorhanden war! So war die Position Deutschlands zugunsten von nicht-ausgehandelten Sezessionen, eine Position, die den Bürgerkrieg unausweichlich machte, anfänglich zu recht von allen anderen EU-Mitgliedsstaaten abgelehnt worden, insbesondere von Frankreich und dem Vereinigten Königreich, aber auch selbst von deutschen Diplomaten vor Ort in Belgrad. Aber just wegen der Nähe zur Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht, und weil es nicht opportun war, der ganzen Welt die eigenen Meinungsverschiedenheiten vor Augen zu führen, kapitulierte der gesunde Menschenverstand dieser Mehrheit vor dem verbissenen Streben der deutschen Regierung, seinen alten Feind, Jugoslawien, zugunsten der Unabhängigkeit seiner alten Klienten Kroatien und Slowenien zu zerschlagen. Und in der Folge haben sich alle führenden Politiker – besonders die französischen –, die recht gehabt hatten, bemüht eine Entscheidung zu rechtfertigen, die auf tragische Weise falsch war.

Und das ist nicht alles. Man hat sich ferner bemüht, die insgeheim rivalisierenden Bemühungen der Mächte – vor allem der Vereinigten Staaten und Deutschlands –, diverse Sezessionisten in ihre Einflußsphären zu locken, vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. So hat die NATO 1999 in einer großen Demonstration weitgehend fiktiver westlicher Einigkeit von Jugoslawien verwüstet, was davon noch übrig war. Bis auf den heutigen Tag ist nichts wirklich geregelt, aber man spricht nicht mehr darüber. Eine geradezu klassische Situation: Die Mächte tragen ihre Rivalitäten aus, indem sie die Schwachen die Rechnung bezahlen lassen.

Das Beispiel sollte zu denken geben. Doch statt dessen wird es mystifiziert und pervertiert, um eine Militärpolitik zu rechtfertigen, die es zweifellos möglich macht zu »handeln«, jedoch mit ebensowenig Prinzipien, intellektueller Seriosität und Zukunftsvision wie Europa im Augenblick der jugoslawischen Krise. Eine Militärmacht ohne Hirn, ist dies nicht genau der Vorwurf gegen die Regierung Bush? Also eine Militärmacht, aber wozu? Um wem zu folgen?

Auf diese entscheidenden Fragen hat die Verfassung, haben ihre Befürworter keine klare Antwort. Es sei denn, wie General de Gaulle, großer Spötter, der er war, schon sagte, in den Ruf auszubrechen: »Europa! Europa!«.

(Übersetzung aus dem Französischen: Klaus von Raussendorff)